

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Auerer und für Auerer die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Abgabensteuer: Die Abgabensteuerpflichtige für Auerer aus Aue und Umgebung zu 200,00 Mark, andere Auerer zu 100,00 Mark, Halbesaue-Politische zu 50,00 Mark, amtliche Jälle 50,00 Mark.

Telegrams: Tagblatt Auerergerge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postk.-Konto: Amt Leipzig Nr. 1904.

Nr. 220

Sonnabend, den 20. September 1924

19. Jahrgang

### Um Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Rotterdam, 18. Sept. Der „Courant“ meldet aus London: In der Arbeiterpartei sprach im Auktoren Macdonalds Genderson am Mittwoch nachmittags über Genf, den russisch-englischen Vertrag usw. Bemerkenswert ist, was Genderson über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund sagte. Er führte aus, daß die Tagung in Genf nicht zu Ende gehen dürfte, bevor nicht Deutschland sich und Stimme erhalten habe. Es lägen für die englische Regierung ganz bestimmte Voraussetzungen zu der Annahme vor, daß die deutsche Regierung auf den Ruf warte, nach Genf zu kommen, und daß sie auch diesem Rufe, der Deutschland den Sitz im Völkerbund bringe, Folge leisten würde.

Macdonald vermittelt.  
London, 18. Sept. „Daily Chronicle“ bringt gestern abend die Meldung, daß von Macdonald vor einem neuen Schritt in Deutschland Verhandlungen mit den britischen Kabinetten eingeleitet worden seien, um die Erlaubnis zur Einräumung eines Sitzes im Völkerbundsrat für Deutschland zu erhalten. Die Überraschung auf der Völkerbundstagung, die bis Mitte Oktober zusammenbleiben würde, stünde erst noch bevor.

Von Berliner amtlicher Stelle wird dazu erklärt, daß man da, wo die maßgebenden deutschen Minister nicht in Berlin seien. Diese Angaben weder als richtig noch als unzutreffend bezeichnen könne. Es ist aber immerhin charakteristisch, daß man in den Kreisen der Berliner Diplomatenvelt zu wissen glaubt, daß der große Kabinettsrat am kommenden Dienstag zu einem solchen Beschluß führen wird, der schließlich auch nur auf der Linie der letzten Erwägungen der Reichsregierung läge und auch den „revidierten“ Anschauungen Dr. Stresemanns entspräche, der nur auf eine zugesicherte Erfüllung der genannten drei Bedingungen wartet, um Deutschlands Beitrittsantrag zu erwidern.

Die „Zeit“ dementiert.  
Berlin, 18. Sept. Das Organ des Außenministers Stresemann, die „Zeit“ bezeichnet die Angaben des „Daily Telegraph“ über einen bestimmten bevorstehenden Schritt Deutschlands zur Aufnahme in den Völkerbund als reine Kombination.

### Ein Schebengericht.

Der Kampf um den deutschnationalen Parteiführer.  
Die „Deutsche Zeitung“ beschäftigt sich mit der Führerfrage bei den Deutschnationalen, und zwar in einer Form, die den Eindruck verstärkt, daß Herrgotts Entfremdung vom Thron der Fraktion und Partei so gut wie besichlossene Sache ist. Unter der bezeichnenden Ueberschrift „Schwäche oder Festigkeit?“ steht das Blatt auseinander, daß die Wählerkraft fast aller Landesverbände das Auseinanderfallen bei der Abstimmung allein auf das Schuldkonto der Parteileitung schreiben, die es „an stärkerem Willen habe fehlen lassen“. Und deshalb sagt die „Deutsche Zeitung“ zusammenfassend: „Aus der Erkenntnis heraus, daß es die bisherige Leitung nicht vermocht hat, sich in der Fraktion bis zur Entscheidung aufrechtzuerhalten, spricht man offen aus, daß diese Leitung verschwinden und durch eine andere ersetzt werden müsse, die die Gewähr wahrer Führerschaft bietet. Man will nicht ein zweites Mal erleben, daß die Anhänger im Lande bis zur Entscheidung in laichem Glauben an die Festigkeit der Fraktion erhalten werden, und daß dann die Entscheidung um so größer und tiefergehend ist.“

### Das Entweder—Oder der Deutschnationalen.

Berlin, 18. Sept. Die Blätter veröffentlichen eine parteiliche Mitteilung, wonach gestern eine Sitzung des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden hat. Nach eingehender Ausdrucks wurde dem Vorschlag Herats, betreffend die folgende Entschließung angenommen: „Wichtig ist die Verammlung der Vorsitzenden des Landesverbandes gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Dies ist die notwendige Voraussetzung für eine Entwicklung Deutschlands im nationalen Sinne. Die Verammlung billigt es, daß die Deutschnationalen Volkspartei in die Regierung eintritt, falls die Partei in dieser Regierung maßgebenden Einfluß erhält. Gelingt dies nicht, so muß die Partei in die äußerste Opposition gegen die Regierung eintreten.“

### Große deutsche Rentenhauffe in Newyork.

Rotterdam, 18. Sept. Der „Courant“ meldet aus Newyork: Am Mittwoch haufferten die deutschen Rentnerwerte in Newyork mit bisher nie erlebten Kursschwankungen von 80 bis 100 Prozent.

### Das dementierte Dementi.

Der unerklärliche Widerspruch zwischen Lord Barmoor und Stresemanns Behauptung.

Berlin 18. Sept.  
Auf Grund des Dementis der Reichsregierung gegen die Erklärung Lord Barmoors hat der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ seinen Genfer Korrespondenten um eine Gegenerklärung gebeten. Dieser suchte noch am Dienstag abend Lord Barmoor in seinem Hotel auf der nochmals wiederholte, daß am 10. August bei einem Frühstück in seinem Landhause Marx Stresemann, Luther, Stamer, Murray und er eine private Aussprache über den Völkerbund und die Bedingungen für Deutschlands Eintritt hatten. Da das Gespräch privater Natur gewesen sei und Stresemann kein Gast war, so wolle er, mit Rücksicht auf den Reichsaussenminister keine weitere Diskussion über diese Unterredung führen.

Der englische Delegierte Murray bestätigte diese Neuerungen Lord Barmoors und erklärte: Es fand eine intime Aussprache von etwa 1/2 Stunde statt, in der wir das gesamte Problem besprachen. Ich bin sehr erkant, daß Herr Stresemann sich nicht mehr daran erinnert.

Amlich wird auf die vorstehende Erklärung erwidert, daß die gestrige Veröffentlichung auf Grund der einstimmigen Erklärungen des Reichsanzlers, des Reichsaussenministers und des Reichsfinanzministers gegeben worden ist. Keinem der Herren, die am 10. August bei Lord Barmoor waren, ist von einer Unterredung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund etwas bekannt. Im Gegenteil haben die deutschen Delegierten bereits am Abend des 11. August in London bei einer Aussprache ihrem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß diese Frage von Barmoor nicht berührt worden ist.

Es steht also noch wie vor Behauptung gegen Behauptung. Damit dürfte der unangenehme Zwischenfall sicherlich nicht erledigt sein.

### Die Abrüstungsfrage in Genf.

Genf 18. Sept. Das Botschaftskomitee beriet heute über Artikel 9, der sich mit der Einberufung der Abrüstungskonferenz beschäftigt. Nach Mitteilungen des Präsidenten des Komitees Benoich gegenüber der Presse handelte es sich dabei um die Frage des Verfahrens nämlich der Beziehung zwischen Ratifizierung und Inkrafttreten des Protokolls, und die Einberufung der Abrüstungskonferenz, wobei bis auf einen Punkt eine Einigung erzielt wurde. Die französische These bestete darin, daß zuerst die Annahme des Protokolls gesichert sein müsse, bevor man an die Abrüstungskonferenz herantreten könne. Die englische Auffassung ist, daß eine derartige Lösung der Abrüstungsfrage unbedingt vermieden werden müsse, und daß das Protokoll erst in Kraft treten könne, wenn ein Ergebnis der Abrüstungskonferenz vorläge. Die Frage des Termins der Abrüstungskonferenz sei noch nicht geregelt.

### Lord Grey zur Kriegsschuldfrage.

Edinburgh, 18. Sept. Lord Grey hielt heute nachmittags im Liberalen Klub eine Rede, in der er ausführte, er sei durchaus für das Londoner Abkommen, durch das sich Deutschland mit Frankreich und Großbritannien über die Reparationsfrage geeinigt habe. Die Rolle die des Premierministers bei dem Zustandekommen des Abkommens gespielt habe, sei wertvoll gewesen. Lord Grey ähde Karls Kritik an dem englisch-russischen Vertrag. Darauf freilich er, der zu Anfang des Krieges britischer Außenminister war, die Kriegsschuldfrage und erklärte, wenn Deutschland wirklich im Jahre 1914 den Frieden gewollt hätte, so wie Großbritannien, so wäre es nicht zum Kriege gekommen.

### Deutsch-englische Vorbesprechungen für einen Handelsvertrag.

Berlin 18. Sept. Die Meldung der „Daily Mail“ daß deutsch-englische Handelsvertragverhandlungen in der nächsten Woche in Berlin beginnen werden trifft insofern zu als tatsächlich in der nächsten Woche Vorbesprechungen über die Frage eines deutsch-englischen Handelsvertrages bevorstehen. Dabei werden aber erst Fragen behandelt, deren Erledigung die Voraussetzung für den Beginn formaler Handelsvertragverhandlungen ist.

### Eröffnung der Internationalen Friedenskonferenz.

London, 18. Sept. Gestern wurde die vierte Session der Internationalen demokratischen Friedenskonferenz eröffnet. Norman Angell betonte in seiner Begrüßungsansprache die Tatsache, daß französische und deutsche Vertreter auf derselben Plattform zusammenzutreten und hierdurch ein Beispiel bürgerlicher Mutes gäben, das dem besseren Verständnis unter den europäischen Völkern dienlich sein werde. Mare Sanguier aus Frankreich hielt die Eröffnungsrede, in der er ausführte: Das französische und das deutsche Volk kennen keinen Haß gegeneinander. Die Weltprobleme könnten nur vom moralischen Gesichtspunkte aus gelöst werden. Der Verleger der „Britischen Volkszeitung“ Dr. Stoch sagte: Er glaube, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund davon abhängt, daß es einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte und ihm keine Probezeit auferlegt werde. Ebenso könne keine Rede davon sein, daß Deutschland irgend eine neue Kriegsschuldanerkenntnis abgibt. Die Versammlung beschloß sodann, Telegramme an Macdonald, Herriot und Marx zu senden und sie zum Erfolge zu veranlassen, den die Londoner Konferenz bereits erzielt habe. In der Nachmittags Sitzung sprach u. a. Sir George Paish, der ausführte, die deutsche Anleihe sei in England nicht populär, aber unbedingt notwendig für England, Europa und die ganze Welt; die Engländer müßten den Deutschen, Russen und Franzosen helfen. (Beifall.) Der Kongress wird heute und morgen weitere Sitzungen abhalten.

### Offener Brief der sächsischen Industrie an den Reichsfinanzminister.

Der Verband Sächsischer Industrieller hat auf einmütigen Beschluß seines Gesamtvorstandes an den Reichsfinanzminister Dr. Luther einen „Offenen Brief“ gerichtet, der eine sofortige Wöderung der Steuererhöhung und eine bessere und gerechtere Bemessung der Steuern sowie ein Aufheben der letzten rückwirkungslosen Steuereintreibung fordert. Es wird in dem „Offenen Brief“ darauf hingewiesen, daß das Reich gegenwärtig in der Lage ist, den Steuerdruck zu mildern da die Steuerlasten des Reiches fortlaufend Ueberschüsse verzeichnen. Um einen Stillstand der Wirtschaft zu verhindern und die deutsche Wirtschaft mit den Weltmärkten wieder in Wettbewerb treten zu lassen, seien unüberlegliche Maßnahmen des Reichsfinanzministers auf Grund seiner Vollmachten erforderlich. Der bevorstehende Winter müsse auch im Staatsinteresse eine wesentliche Milderung der Arbeitslosigkeit bringen und werde es, wenn man die Wirtschaft aus der gegenwärtigen doppelten Einklammerung der Kreditnot und Ueberbesteuerung löse

### Fortschreitende Amnestie.

Einstellung sämtlicher Strafverfolgungen.  
Koblenz, 18. Sept. Die Rheinlandkommission veröffentlicht folgende vom 12. September datierende, sofort in Kraft tretende und auch auf den Bräutentopf Recht ausgeübte Verordnung Nr. 26:  
Betreffs der in Artikel 7 Anlage 3 des Londoner Protokolls vorgesehenen Amnestiemaßnahmen wird u. a. bestimmt, daß alle in den besetzten Gebieten seit dem 11. Januar 1923 bis zum Inkrafttreten der gegenwärtigen Verordnung verhängten Strafverfolgungen endgültig eingestellt werden, ausgenommen da wo es sich um Verbrechen gegen das Leben handelt, die den Tod herbeiführen. Die Behandlung der letzteren Straftaten geht auf die deutsche Gerichtsbarkeit über.

### Preisabbau auch in Frankreich.

Paris, 18. Sept. Der Kabinettsrat beschloß heute, in seiner heutigen Sitzung in der Hauptsache mit der Frage der zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zu ergreifenden Maßnahmen. Es wurde beschlossen, für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel die Eingangszölle herabzusetzen und eine strenge Ueberwachung der Verkaufspreise für Kolonialwaren sowie den Wollereien und Fleischeren zu organisieren. Der Kabinettsrat hat außerdem beschlossen, die Einstellung der Sonntagsarbeit in den Wäldereien durchzuführen und die Fleischeren aufzufordern, einen Tag in der Woche zu schließen, damit die Angestellten einen freien Sonntag haben.

### Die Jdenität Jberer-Schulz erneut festgestellt.

Berlin, 18. Sept. Nach einer in Wien vorliegenden Meldung aus Budapest hat jetzt auch der Untersuchungsrichter nach Prüfung der Offenburger Dokumente die Jdenität des in Budapest verhafteten angeblichen Jberer mit dem Wälder Schöygen Schulz festgestellt.

el  
65  
73  
23  
22  
45  
12  
43  
48  
30  
68  
e.  
uh  
ambichtung.  
seinem Ge-  
dem Ernst  
est.  
tlicher  
F. Bölich,  
u. a.  
zeit  
ten.  
ung.  
heater.  
iefe.  
Auf Wunsch  
Schloß.  
gespielt.  
L.  
Nostau  
Wolf.  
spiel  
ver-  
hler,  
pel  
gen  
del

SLUB  
Wir führen Wissen.